

10.03.2012 | [E-Paper-Login](#) | [Kontakt](#) | [Newsletter](#) | [tagblatt mobil](#) | [RSS](#)



[Nachrichten](#) | [Sport](#) | [Bilder](#) | [Videos](#) | [Kino](#) | [Veranstaltungen](#) | [Tickets](#) | [Anzeig](#)  
[Tübingen](#) | [Rottenburg](#) | [Mössingen](#) | [Kreis Tübingen](#) | [Reutlingen](#) | [Kultur](#) | [Hochsch](#)

[Startseite](#) | [Nachrichten](#) | **[Reutlingen](#)**

05.11.2010

[Leserbrief](#) | [Empfehlen](#) | [Drucken](#)

## EIN LEBEN NACH BERUFSVERBOT

# Die Reutlingerin Agnete Bauer-Ratzel blickt ohne Bitternis auf spannende Jahre

**Ende Oktober ging sie in den Ruhestand. Doch ihr Leben war alles andere als ruhig. Agnete Bauer-Ratzel gehört der Generation an, deren Biografie eng mit der Geschichte der Bundesrepublik verknüpft ist. In den 70er-Jahren mit Berufsverbot belegt, verzweifelte sie zunächst am Staat und fand doch einen Weg, sich zu arrangieren. Ein Rückblick.**

---

Anzeige

BERND ULRICH STEINHILBER



Reutlingen. 25 Jahre Berufsverbot, 25 Jahre vom Oberschulamt auf eine staatsfeindliche Gesinnung festgelegt, 25 Jahre Kampf gegen dieses vom Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg 1995 endlich festgestellte Unrecht – und kein bisschen zornig?

Reutlingen Glaserstraße: Ende der 70er-Jahre häuften sich die Proteste gegen Berufsverbote und Radikalenerlass. In der Mitte Wolfgang Kohla, heute Wirt der Kaiserhalle. Sogar die Freien Demokraten machten ihren politischen Einfluss geltend. Privatbild

Die heute 63-jährige Agnete Bauer-Ratzel durfte dann doch noch zehn Jahre ihren Beruf als Lehrerin ausüben nicht mehr als Beamtin zwar, aber als eine Frau, die ihre Persönlichkeit in der Auseinandersetzung mit dem Staat entwickelt und dabei ein starkes Gefühl für Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit ausgebildet hatte, wie sie im Gespräch mit dem TAGBLATT sagte.

„Das Berufsverbot hat zwei Seiten“ – ein Satz, der treffend die Summe ihres Berufslebens ausdrückt. Der Verzicht auf eine Laufbahn im Schuldienst, den sie so gerne angetreten hätte. Und dann eben doch die unendlich wichtigen Erfahrungen, die ihr erst das Berufsverbot ermöglicht haben: die sich aus Frust verstärkende Motivation, sich gegen Ungerechtigkeiten aufzulehnen und für sozial Schwache einzusetzen – und für die Gleichberechtigung der Frau. „Und ich habe eine berufliche Bandbreite erfahren, die ich nicht mehr missen möchte“, wozu nicht zuletzt eine ihr vom Oberschulamt zugestandene Nebentätigkeit als Weinhändlerin zählt. „Alles in allem ziehe ich eine positive Bilanz.“



Agnete Bauer-Ratzel war mit Berufsverbot belegt und wurde dann doch noch Lehrerin. Ende Oktober ging sie in den Ruhestand. Im Gespräch mit dem TAGBLATT schildert sie die harten, aber auch erfüllten Jahre. Bild:Haas

Und die hat viel mit der Geschichte der jungen Bundesrepublik zu tun, die sich nur schwer und verschwiegen von ihrer braunen Altlast befreien konnte. Auch Agnete Bauer-Ratzel führte die Auseinandersetzung mit ihren Eltern, wollte wissen, was damals Sache war, fragte: „Was habt ihr getan?“, verlangte Antworten, „weil das brutal wichtig für uns war“, und fand sie außerhalb des Elternhauses bei den Antifaschisten, die sich in der DKP wiedergefunden und die im spanischen Bürgerkrieg auf der richtigen Seite gekämpft hatten wie Pau Ayen aus Mössingen, und jenen, die sich in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes organisierten. „Das waren Idole für uns!“, auch die „Leute, die im KZ waren“. Antinazistische Einstellung also als direkter Weg zum späteren Berufsverbot?

Als Studentin hat sie den Spartakus, die DKP-Hochschulgruppe in Tübingen, mitbegründet. „Was uns betraf: Wir wollten die Drittelparität von Uni-Beschäftigten, Wissenschaft und Studenten – eine ungeheuer spannende Geschichte.“ Und „wir waren gegen den Vietnamkrieg und haben uns für die Öffnung der Hochschulen für Arbeiterkinder eingesetzt“. Dass sie je unter den 1972 verhängten Radikalenerlass fallen würde, war Agnete Bauer-Ratzel gar nicht in den Sinn gekommen. „Was, um Gottes Willen, ist denn an mir radikal? fährt es ihr heraus, wobei sie aussieht, als falle es ihr immer noch schwer zu glauben, dass dafür die Mitgliedschaft in der DKP ausschlaggebend gewesen sein soll. Doch dies war die Begründung, mit der Harald Schwaderer, ihr Mann Gert Bauer, der heutige Reutlinger IG-Metall-Chef, Wolfgang Kohla, heute Reutlinger Kneipenwirt, und Hans Schaefer vom Schuldienst ferngehalten wurden.

Die Proteste dagegen waren heftig und erfassten sogar Teile des bürgerlichen Lagers. „Das ging bis in die FDP“. Der heutige Landtagsabgeordnete Hagen Kluck setzte sich massiv für Agnete Bauer-Ratzel ein, „der FDP-Abgeordnete Hinrich Enderlein war grandios“.

Zum Durchbruch kam es, als die Tübinger Abgeordneten Gerd Weimer (SPD) und Sabine Schlager (Grüne) im November 1999 im Landtag einen Antrag zur Aufhebung der Berufsverbote eingebracht hatten. Als Kluck am 23. März 2000 im Innenausschuss der CDU signalisierte, sich auf die Seite der SPD zu schlagen, kamen die Christdemokraten in die Bredouille, weil auch die „Republikaner“ kein Interesse an Berufsverboten hatten. Erst nach einer von Innenminister Thomas Schäuble beantragten Sitzungsunterbrechung einigten sich SPD, FDP, Grüne und CDU auf einen gemeinsamen Antrag. In den Schuldienst sollten danach die Bewerber wieder eingestellt werden, deren demokratische Gesinnung durch ihren Lebensweg belegt sei. Tatsächlich wurde Agnete Bauer-Ratzel im Oktober 2000 vom Oberschulamt gefragt, ob sie nicht eine Krankenvertretung im Fach Französisch annehmen wolle. „Da war die Warteliste leer gefegt“, erinnert sie sich. „Ich war die letzte Reserve.“

Fast wie ein Treppenwitz mutete ihr an, als sich just jener Beamte bei ihre meldete, der ihr 1975 den Eid auf die Verfassung mit der Begründung nicht abnehmen wollte, „dass mein Wort ohnehin nichts wert sei“, jener Oberschulamtsbeamte, den 1995 ein Sigmaringer Verwaltungsrichter bereits folgenlos aufgefordert hatte, das an ihr begangene Unrecht wiedergutzumachen. „Der hat das zur Kenntnis genommen, unternommen hat er nichts.“

„Ich habe dreimal geklagt, ich habe mich immer wieder beworben, ich habe

immer wieder Briefe geschrieben, weil es nicht sein kann, dass man einen Menschen durch eine Prognose auf eine Gesinnung festlegt, und die ein ganzes Leben lang gilt.“ Und weiter: „Das sind für mich schlechte Beamte gewesen“, urteilt Bauer-Ratzel heute. Beamte, wie sie meint, „die mit ihrer Haltung selbst das Grundgesetz missachtet haben“, sagt sie ohne irgendwelche Bitternis. Auch in Privatschulen war es als „Verfassungsfeindin“ nicht möglich unterzukommen „Man war immer eine suspekta und verdächtige Person.“ In die Erwachsenenbildung schaffte es Bauer-Ratzel dann dank eines Empfehlungsschreibens von Prof. Renate Overbeck an den damaligen Volkshochschulleiter Hans Haußmann, was ihr fortan eine Fülle von Aufgaben bescherte.

Bauer-Ratzel lehrte Französisch auf allen Niveaustufen in der Vhs, gab Deutsch am Abendgymnasium, hielt Weinseminare, arbeitete bei der Initiative für deutsche und ausländische Familien, konzipierte unter anderem Hausaufgabenbetreuung und Lernförderung für ausländische Jugendliche. Als Mitbegründerin der Reutlinger Frauenliste war sie für drei Wahlperioden Fraktionsvorsitzende im Reutlinger Gemeinderat.

Das Leben hat sie doch noch vor Schulklassen gestellt. Zehn Jahre lang unterrichtete sie Deutsch, Französisch, Geschichte und Gemeinschaftskunde in der Maria-Sibylla-Merian-Realschule auf dem Höhnisch bei Dußlingen. „Es war nicht leicht für mich, ich war immerhin schon 54 Jahre alt. Und Schule ist dann doch noch etwas anderes als Erwachsenenbildung.“ Heute leitet sie die Weinhandlung La Vinée in Pfullingen.

## **25 Jahre Berufsverbot:**

Alles in allem ziehe ich eine positive Bilanz.

Der Lebensweg von Agnete Bauer-Ratzel steht für viele Lehramtsstudenten, die unter den **Radikalenerlass** fielen. Er wurde von Bundeskanzler Willy Brandt und den Regierungschefs der Bundesländer am 28. Januar 1972 auf Vorschlag der Innenministerkonferenz beschlossen, wonach bereits die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation Zweifel an der Verfassungstreue der Bewerber begründete. Voraussetzung für die Einstellung in den **Öffentlichen Dienst** war die aktive Verfassungstreue. Von Kritikern wurde der Radikalenerlass als undemokratisches Berufsverbot bezeichnet. Brandt sprach später von einem schweren Fehler seiner Regierungszeit. 1995 hat der Europäische Gerichtshof nach 20 Jahren Berufsverboten entschieden, dass der Radikalenerlass **gegen die Menschenrechtskonvention verstoße**.

Radikalenerlass und Berufsverbote: Verlangt war die aktive Verfassungstreue von Bewerbern für den Öffentlichen Dienst

**Was, um Gottes**

**Willen, ist denn an mir radikal?**

05.11.2010 - 08:30 Uhr

